

## 2 Theoretische Konzepte und Ansätze

Um der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes gerecht zu werden, bedient sich die vorliegende Arbeit mehrerer Theoriestränge. Die ECOWAS hat auf der theoretischen Ebene schon einen recht hohen Kooperationsgrad erreicht hat, in der Praxis aber hat sich dies bis jetzt nicht vollständig niedergeschlagen. Die Gründe dafür sind vielfältig und eventuelle Lücken ergeben sich aus konzeptionellen Erwägungen. Hier soll es deshalb um eine systematische Reflexion einzelner Aspekte der regionalen Sicherheitskooperation gehen. Die Arbeit tut dies im Wissen um die Schwierigkeit der allgemeinen Generalisierbarkeit. Was für die ECOWAS gilt, muss nicht zwangsläufig für die SADC, die IGAD oder die „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) gelten. Aus etwaigen Zusammenhängen lassen sich keine automatischen Rückschlüsse auf grundsätzliche theoretische Annahmen schließen.

Unabhängig von den Übertragungsschwierigkeiten klassischer Theorien der Politikwissenschaft auf Probleme Subsahara-Afrikas bzw. der gesamten nicht-industrialisierten Welt, gibt es nicht „die“ eine Theorie, die für die Analyse nutzbar gemacht werden kann. Denn obwohl Afrika in zahlreichen Diskursen eine prominente Rolle spielt, wie zu Fragen des Klimawandels, der Migration, Entwicklung, Landminen, der gesamten Frage der organisierten Kriminalität und wirtschaftlicher Entwicklung (zum Beispiel Strukturanpassungsprogramme) und somit von der Peripherie ins Zentrum geholt wird, ignoriert die theoretische Forschung der Internationalen Beziehungen (IB) Afrika weitestgehend (Dunn 2001: 3). Daher geschieht die Erarbeitung des theoretischen Analyserahmens letztlich vor dem Hintergrund des Wissens um die Grenzen der Theorien der Internationalen Beziehungen und ihrer Anwendung auf andere Weltregionen. Auch erhebt die Arbeit nicht den Anspruch, die Theorien weiterzuentwickeln oder für andere Bereiche nutzbar zu machen. Vielmehr geht es darum, die für die Analyse geeigneten Theoriestränge aufzubereiten.

Theoretische Annahmen, die hier dargelegt werden sollen, entstammen größtenteils der realistischen Schule und werden um einige Annahmen des Konstruktivismus und des Imperialismus bzw. Neo-Imperialismus ergänzt. Vorweg gestellt wird ein kurzer Abschnitt zum Regionalismus als eine relevante Theorie, in dem einige inhaltliche Aspekte zusammengefasst werden und anhand dieser erklärt wird, aus welchem Grund der theoretische Ansatz im Rahmen dieser Arbeit keine weitere Verwendung finden wird. Während zunächst einige relevante Aspekte aus den Überlegungen zum Regionalismus herausgefiltert werden, bildet die realistische Theorie das Fundament für die Analyse, um staatliches Handeln vor dem Hintergrund regionaler Kooperation einzuordnen und zu bewerten.

Der für die Arbeit relevante klassische oder politische Realismus ist eine zentrale Theorie in den IB und galt lange als wichtiges Instrument zur Erklärung zwischenstaatlichen Handelns und Kooperation. *Macht* in der internationalen Politik ist das zentrale Element der realistischen Theorie, das sich in der „alten Denkschule“ überwiegend in militärischer Größe ausdrückt. Deswegen eignet sich dieser Zugang zur theoretischen Einordnung der militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten einzelner Staaten im Kontext regionaler Kooperation.

Zur Analyse der speziellen Rolle Nigerias als Hegemon, greift die Arbeit auf weitere Konzepte des Realismus zurück: Zunächst wird die Theorie der hegemonialen Stabilität aufgegriffen und gezeigt, inwiefern sich dieser Theoriestrang für die Einordnung des nigerianischen Handelns und Verhaltens in der Region eignet. Zu fragen ist, welche Auswirkungen Nigerias Machtposition in der Region auf die intergouvernementale Kooperation in der ECOWAS hat. Anschließend soll auch die Rolle externer Akteure mit Rückgriff auf die realistische Theorie (Offshore Balancing), und, soweit sinnvoll, auch mittels neo-imperialistischer Ansätze offengelegt und anschließend bewertet werden.

Der Intergouvernementalismus fragt nach Prozessen und Mechanismen von regionaler Kooperation, die ein Resultat des rationalen Handelns von Staaten in einzelnen Politikfeldern sind. Durch die Kooperation in einem Politikfeld sollte sich nicht nur Reichtum und Macht der Staaten vergrößern, sondern Vertreter dieser Theorie gehen auch davon aus, dass positive Erfolge auf andere Politikbereiche übergehen und sich Kooperation somit vertieft (Garrett 1992; Moravcsik 1991; Moravcsik 1993). Die Arbeit beschäftigt sich jedoch allenfalls am Rande mit diesen Theoriesträngen, da im Mittelpunkt der Analyse die militärischen

Kapazitäten und Fähigkeiten und die Rolle externer Akteure stehen. Dazu lassen sich andere Theorieansätze besser nutzbar machen.

Als Ergänzung zu realistischen Annahmen bietet sich ein Rückgriff auf den Konstruktivismus an, der wichtige Beiträge zu den internationalen Beziehungen, dem (Macht-)Gefüge zwischen Staaten und dem Verständnis von Sicherheit beigetragen hat. Gerade weil der Konstruktivismus Sicherheit nicht als monolithischen Block, sondern als sozial konstruiert versteht, liefert er wichtige Hinweise für die Komplexität im westafrikanischen Kontext. Vielversprechend erscheint auch der Versuch einer Zusammenführung von Konstruktivismus und Realismus, wie es Barkin (2003, 2010) versucht hat.

Weiterhin prägen sehr starke strukturelle Ungleichheiten die Beziehung afrikanischer Staaten zu externen Akteuren. Mit einem Rückgriff auf einige wenige Grundannahmen des Imperialismus bzw. Neo-Imperialismus sollen die Rahmenbedingungen eingeordnet werden, in denen besonders ehemalige Kolonialmächte ihre sicherheitspolitischen Beziehungen zu westafrikanischen Staaten gestalten.

## **2.1 Regionalismus**

In den letzten Jahrzehnten hat die Forschung zu Regionalismus eine immer präzisere Rolle in der Politikwissenschaft und den Internationalen Beziehungen eingenommen, um Phänomene regionaler Kooperation zu verstehen und zu erklären (Buzan/Wæver 2003; Fawcett & Hurrell 1995). Die Theorie hat ihren realen Ursprung erstmals in dem europäischen Einigungsprozess, der 1952 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ihren Anfang nahm. Mehr als 60 Jahre später blickt die EU auf einen tiefgreifenden Integrationsprozess zurück, der von wirtschaftlicher, und zunehmend auch von politischer Kooperation geprägt ist. Für Staaten der Dritten Welt diente der Einigungsprozess in Europa oft als Beispiel für die eigenen Kooperations- und Integrationsanstrengungen. Nach der Entlassung in die Unabhängigkeit sahen viele ehemaligen Kolonien in der wirtschaftlichen Kooperation die Möglichkeit, ihre begrenzten Ressourcen zusammenzuführen, um diese effektiver zu nutzen und um die industrielle Basis in ihren Ländern zu erweitern. So wollten diese Staaten ihre nachteilige Position auf dem internationalen Markt abbauen. Sicher-

heitskooperation stand in der Zeit der 1960er bis 1980er Jahre allenfalls nur sehr begrenzt auf der politischen Agenda der ECOWAS.

Seit den frühen 1990er Jahren, prägte die Kooperation in Westafrika nicht mehr nur die ursprünglich wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern die Fragen nach Krieg und Frieden. Insgesamt rückten Konflikte und Sicherheit immer stärker in den Fokus der einzelnen Regionalorganisationen. Erst mit der Gründung der afrikanischen Sicherheitsarchitektur (APSA) auf Ebene der Afrikanischen Union 2002 hat aber regionale Sicherheitskooperation auf dem gesamtafrikanischen Kontinent neuen Anschub bekommen. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits mehrere Regionalorganisationen auf dem afrikanischen Kontinent, die sich längst zentralen Sicherheitsfragen zugewendet hatten und in denen Konflikte und Sicherheit nun immer stärker in den Fokus der einzelnen Regionalorganisationen gerieten. Im Falle Westafrikas wurde der Kooperationsprozess stark von regionalen Faktoren, etwa dem Krieg in Liberia, angestoßen. Franke und Gänzle sehen im Falle der APSA weniger innenpolitische Kräfte oder gar eine institutionelle Eigendynamik, wie sie im Institutionalismus vertreten wird, die zu einer Sicherheitskooperation innerhalb der AU geführt haben, sondern „[i]ts institutional development, rather, seems to be sponsored by Western norms, ideas and templates for regional integration“ (Franke/Gänzle 2012: 89).

Regionalismus und regionale Zusammenarbeit sind besonders seit den 1990er Jahren zu Forschungsthemen der Internationalen Beziehungen geworden, obwohl viele Regionalorganisationen schon weitaus länger bestehen. In Afrika hat mit der Gründung der AU im Jahr 2002 die Entstehung einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur einen neuen Höhepunkt erreicht. Damit einhergehend wurde der Begriff „Region“ immer häufiger mit sehr unterschiedlichen Bedeutungszuweisungen benutzt: Wesentlich scheint seither, wie Buzan und Wæver (2003) darlegen, dass nicht allein geographische Kriterien eine Region bestimmen. Vielmehr beschreiben die Konzepte „Regionalismus“ oder „Regionalisierung“, den Prozess, Regionen zu formen und Einfluss auf die internationale Politik zu nehmen. Regionalisierung lässt sich deshalb definieren als, „the growth of societal integration within a region and [...] the often undirected process of social and economic interaction“ (Hurrell 1995: 35). Durch zunehmende Interaktion in Bereichen wie Wirtschaft, Kommunikation und Mobilität entstehen Formen der Abhängigkeit sowie verschiedene Dimensionen der Kooperation, die Wirtschaft, Gesellschaft

und Sicherheit umfassen können. Dies geht soweit, dass heute die traditionelle Fokussierung auf den Staat in den Internationalen Beziehungen immer stärker aufgeweicht wird – regionale Organisationen werden somit zu einem wichtigen Akteur auf dem internationalen Parkett. Hettne und Söderbaum (2000) beschreiben zusammenhängend einen Prozess der Muster von Kooperation, Integration und Annäherung innerhalb eines geographischen Raums und unterscheiden sich damit von Buzan und Wævers' (2003) Konzept der Security Community. Während viele afrikanische Regionalorganisationen durch Wirtschaftskooperation geprägt waren, versuchten sie außerdem, den Spagat zwischen traditionellen Verständnissen von Sicherheit und dem erweiterten Sicherheitsbegriff („human security“) zu bewältigen. Durch das Ende des Kalten Krieges und der einsetzenden Globalisierung bekam der sogenannte „neue Regionalismus“ (Hurrell 1995) Aufwind und schuf die Rahmenbedingungen für eine Reihe neuer regionaler Kooperationsformen. Barnett fasst dies wie folgt zusammen:

„[...] whereas during the Cold War most regional organizations were imprinted by superpower competition, since its demise and the retreat of the superpowers many regional organizations are capitalizing on the power vacuum, first and foremost, to create new mechanisms to foster regional security and order, if not ‘zones of peace’, and secondarily, to fulfill the spirit of Chapter VIII“ (Barnett 1995: 418).

Eine solche Regionalorganisation ist die ECOWAS. So wichtig die Forschung zum Regionalismus für die Erklärung regionaler Kooperation in den internationalen Beziehungen ist, steht beim Regionalismus häufig die Frage nach der Entstehung einer Region oder von „security communities“ (Adler/Barnett 1998) bzw. die Frage nach gemeinsamen Werten und Normen innerhalb der jeweiligen Regionen im Mittelpunkt. Die theoretischen Annahmen, die sich unter Regionalismus subsumieren, finden hier deshalb Erwähnung, weil sie helfen, ECOWAS als Gegenstand in diesen theoretischen Rahmen einzuordnen: auch wenn es nicht um eine institutionelle Analyse der ECOWAS geht. Vielmehr dienen zur Beantwortung der Frage, also der Untersuchung der militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten einzelner Mitgliedsstaaten, die theoretischen Annahmen des Realismus.

## 2.2 Klassischer Realismus und seine Weiterentwicklung

Der Realismus ist einer der großen Denkschulen in den internationalen Beziehungen, er bildete sich im Wesentlichen ab den 1930er Jahren als Gegenstück zum Idealismus heraus. Für die Arbeit werden zunächst einige wesentliche Grundannahmen der Theorie aufbereitet und anschließend weitere Ideen der realistischen Schule dargelegt: Die Theorie hegemonialer Stabilität, das Konzept des Offshore Balancing sowie die Annahmen des Neoklassischen Realismus.

### 2.2.1 Klassischer Realismus

In der Lehre des klassischen Realismus, der in weiten Teilen auf das Denken von Hans Morgenthau (1948) in seinem Werk *Politics Among Nations* zurückgeht, ist der nach Macht strebende Staat das einzig handelnde Subjekt im internationalen Staatensystem. Dieses ist durch Anarchie gekennzeichnet, da es an einer übergeordneten Autorität fehlt, die für Stabilität und Ordnung sorgt.<sup>19</sup> Die Welt des Realismus „ist die Welt konkurrierender Einzelstaaten, die als abgeschlossene, einheitliche Akteure auftreten“ (Krell 2009: 238). Der Realismus identifiziert Macht als das zentrale Element internationaler Politik, das durch den Staat als handelnden Akteur ergänzt wird. In einem System, wie es der Realismus zeichnet, konkurrieren Staaten um Macht und Einfluss im Sinne der Durchsetzung eigener *Interessen*, ohne dass dabei bindende Strukturen, Regeln oder Normen existieren. Durch die anarchische Struktur des internationalen Systems sind Staaten daher einer ständigen Bedrohung ausgesetzt, weshalb sie auch den Gebrauch militärischer Mittel zur Selbsterhaltung und Durchsetzung nationaler Interessen nicht ausschließen. Vertreter des klassischen Realismus gehen davon aus, dass Staaten grundsätzlich, ähnlich einem Individuum, nach dem Kosten-Nutzen-Kalkül handeln.

Die Stärke des Realismus liegt in der Betrachtung staatlicher Machtinteressen, die oft mit Hilfe des Militärs als Instrument der Politik durchgesetzt werden bzw. durchgesetzt werden können (Albrecht/Hummel 1990: 93). Albrecht und Hummel (1990: 101) sehen in der militärischen Stärke das zentrale Machtpotential.

---

<sup>19</sup> Eine Übersicht über verschiedene Definitionen von Realismus, von denen es wahrlich viele gibt, bietet Donnelly (2000: 7).

Damit ist, ganz im Weberianischen Sinne, Macht<sup>20</sup> als Durchsetzungsvermögen zu verstehen: nicht ausschließlich militärisch, aber in vollem Bewusstsein dieser Option (Rotte 1996: 99). Militärische Stärke führt jedoch nicht automatisch zu Durchsetzungsfähigkeit eigener Interessen. Macht muss als Mittel verstanden werden, nicht als Ziel staatlichen Handelns (Troy 2013: 417; siehe auch: Parent/Baron 2011). Daher ist im klassischen Realismus Macht die entscheidende Kategorie und erlaubt die Abgrenzung gegenüber anderen Bereichen wie Ökonomie und Ethik: „Erst die Macht macht Politik zur Politik“ (Krell 2009: 148).<sup>21</sup> Macht ist jedoch – genau wie nationale Interessen – niemals statisch, sondern kann sich mit der Zeit ändern.

Menschen, so der Realismus, werden nicht nur vom Selbsterhaltungstrieb geleitet, sondern in ihr Verhalten und Handeln spielen maßgeblich auch Macht- und Herrschaftsinteressen hinein.<sup>22</sup> Diese Verhaltensmuster sind auf Staaten übertragbar und die Frage danach leitet die Analyse der Arbeit an. Ziel des klassischen Realismus war immer auch das Nachdenken über die Politik, über tatsächliche Handlungen und Phänomene, weniger über eine ideale Ordnung. Zu großen Teilen beruhen die theoretischen Überlegungen auf empirischen Beobachtungen (Jacobs 2003: 36 und 52). Diese Nähe zum Untersuchungsgegenstand gilt als Stärke des klassischen Realismus.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> Zum Begriff der Macht im Allgemeinen siehe: (Dahl 1957; Weber 1922). Zum Begriff der Macht im klassischen Realismus siehe auch: (Rhode 2004: 123–154). Einen guten Überblick bietet auch: (Hanif 2012).

<sup>21</sup> So auch Rotte (1996: 100), der eine enge Verbindung zwischen Macht und Politik betont: „Eine Durchsetzung politischer Entscheidungen ohne eine Mindestmaß an zur Verfügung stehenden Zwangsmitteln, also Politik ohne Macht, ist demnach schlichtweg undenkbar“. Die Erwähnung von Zwangsmitteln ist vor dem Hintergrund der Untersuchung der militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten westafrikanischer Staaten ein wichtiger Aspekt.

<sup>22</sup> Das Menschenbild des Realismus ist für die Analyse nicht zentral. Morgenthau Menschenbild ist sehr stark von der Biologie abgeleitet. Er geht von einem im Menschen verwurzelten Machttrieb eines jedes Einzelnen aus und sieht darin die zerstörerischen Elemente der menschlichen Existenz begründet. Kritik an diesem Menschenbild äußert Siedschlag (1997: 64): „Die Morgenthau'sche Annahme über die menschliche Natur und damit das Grundgerüst seines Ansatzes stehen aus der Perspektive der modernen Soziobiologie gesehen, auf einem sehr unsicheren Fundament“. Doch nicht nur aus dieser Sicht sind Zweifel an dem Menschenbild angebracht, auch ist Morgenthau's Übertragung des menschlichen Machtstrebens auf den Staat fraglich.

<sup>23</sup> Eine im deutschsprachigen Raum recht aktuelle und ausführliche Analyse des klassischen Realismus und insbesondere des Wirkens von Morgenthau bietet Rhode (2004).

Machtinteressen afrikanischer Staaten sind für die Politik innerhalb und gegenüber der ECOWAS von Bedeutung. Ferner spielen auch Machtinteressen externer Staaten in der Konstellation in Westafrika eine wichtige Rolle, da sie zentrale Aspekte staatlicher Souveränität berühren und, wie gezeigt wird, ein Interesse an der Übernahme der (Sicherheits-)Verantwortung afrikanischer Staaten haben, gleichzeitig aber auch dem freien Handel und damit der Sicherheit der Seewege im Golf von Guinea einen hohen Stellenwert einräumen. Entscheidend ist hier jedoch die Betrachtung politischer Interessen, die im afrikanischen Kontext eher die Interessen der politischen Elite sind, die Kooperationserfolge oder -misserfolge erklären können. Denn obwohl westafrikanische Staaten sich auf eine Kooperation im Rahmen der ECOWAS verständigt haben und inzwischen auch im Bereich der Sicherheitspolitik zusammenarbeiten, ist der Einfluss von Machtinteressen einzelner Staaten auf den Kooperationsgrad und die effektive Umsetzung ein wichtiger Faktor. Dabei geht es hier weniger um eine kritische Position der Realisten gegenüber Institutionen, wie Donnelly es beschreibt, „[m]ost realists, [...], downplay the significance of institutions [...]“ (Donnelly 2005: 47), sondern um die Bedeutung des Machteinflusses für die Analyse.

### *2.2.2 Regionale Kooperation aus realistischer Perspektive*

Gleichwohl bedeutet dies nicht, dass Interessen monolithische Blöcke sind: Durchaus können diese durch Interaktion mit anderen Staaten, also auch bei Fragen der Kooperation oder auf Ebenen von Institutionen, neu ausgerichtet und justiert werden. Diese gehen über die Vorstellungen des klassischen Realismus hinaus, der in Kooperation eher eine Gefahr der eigenen Sicherheit sieht bzw. aufgrund des anarchischen Systems eine solche Kooperation für unmöglich erachtet. Aus diesem Grunde werden im weiteren Verlauf auch Konzepte betrachtet, die den klassischen Realismus ergänzen.

Waltz unternahm den Versuch, den klassischen Realismus weiterzuentwickeln. In seinem „strukturellen Realismus“ nimmt er die systematische Ebene und weniger das Akteursverhalten im internationalen System in den Blick (Waltz 1979; zur Einführung in die Theorie siehe: Masala 2005; Schörnig 2003).<sup>24</sup> Wenn gleich

<sup>24</sup> Teilweise zu Recht wird auf den Umstand hingewiesen, dass der klassische Realismus nur in Teilen eine Theorie der Internationalen Politik ist, sondern vielmehr eine Theorie der Außen-



der Ansatz in dieser Arbeit keinen großen Raum einnehmen soll, so wird doch ein Aspekt an dieser Stelle Erwähnung finden: So ist einzig das Verständnis der *Kooperationsbereitschaft*, die Waltz seinen Gedanken zu Grund legt, für die Arbeit hilfreich. Weber schreibt dazu: „[...] international anarchy is also the limit on states' abilities to cooperate with one another. Because there is no one to enforce cooperation, states will act in their own self-interest rather than in the interests of the state system“ (Weber 2005: 19). Kooperation wird immer durch die Gefahr eines Krieges torpediert und damit so gut wie unmöglich gemacht, da Staaten in ständiger Bedrohung leben. Denn Misstrauen führt auch dazu, dass Staaten eine Gefahr in einer möglichen Kooperation sehen, da andere Staaten möglicherweise ein größeres Machtpotential besitzen, ihren Willen dadurch durchsetzen können und selber Vereinbarungen nicht einhalten müssen.

Die koloniale Geschichte Afrikas prägt bis heute die Staaten des Kontinents (wenn man überhaupt von „dem Staat“ reden kann) (Clapham 2001; Clapham/Mills 2006).<sup>25</sup> Die Entstehung der Staaten war nicht das Ergebnis sozialer, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen, die von Afrikanern gesteuert wurden, sondern vielmehr Resultat der Kolonialgeschichte, in der die europäischen Mächte Staaten für ihre Zwecke (der wirtschaftlichen Ausbeutung) gründeten. Daraus resultiert, dass afrikanische Staaten heute nur begrenzt in das internationale System eingebunden sind und Souveränität ein prägendes Element in deren Selbstverständnis ist. Genau hier besteht ein Problem, das die Arbeit zwar anerkennt, jedoch nicht lösen kann. Für die Analyse wird der Staat als handelnder Akteur betrachtet, auch wenn er nicht immer mit einer „Nation“ gleichzusetzen ist. Afrikanische Staatschefs handeln oft aus Eigeninteresse, und nationale In-

---

politik (Waltz 1990: 26). Im Gegensatz zum Realismus zielt der Neorealismus auf die Ebene des internationalen Systems und schließt daraus auf das Verhalten der Staaten, weshalb er auch struktureller Realismus genannt wird (Waltz 2000).

<sup>25</sup> Clapham merkt an einer Stelle zu Recht an, dass der Staat in Afrika eine ganz andere Art der Organisation ist, als es klassische Theorien kennen: „In particular, even though states are central to the understanding of international relations in the Third World as elsewhere, states themselves are often very different kinds of organization from those that the conventional study of international relations take for granted“ (Clapham 1996: 3–4). Auch wenn es hier Schwierigkeiten gibt, die Grundannahmen des klassischen Realismus auf Afrika zu übertragen, bezieht sich dies im Kern auf das Handeln der Staaten im internationalen System. In der Arbeit geht es jedoch mehr um das Handeln innerhalb der Region, in der die Staaten nach Macht und Sicherheit streben.

teressen orientieren sich eher an einzelnen ethnischen Zugehörigkeiten (Clark 2001: 91–92). Doch bei Souveränitätsabgabe bleiben diese Probleme bestehen. Denn Kooperation (wenn sie im Rahmen einer Organisation stattfindet, der auch Befugnisse übertragen werden) verlangt immer die Aufgabe von Teilen der Souveränität. Eine Tatsache, mit der sich gerade die vielen jungen afrikanischen Staaten besonders schwer tun – insbesondere dann, wenn es den Kernbereich staatlichen Handelns berühren soll, die Sicherheitspolitik. Demnach sehen viele afrikanische Staaten zwischenstaatliche Kooperation als Nullsummenspiel, was aus ihrer Sicht zwischenstaatliche Kooperation wenig reizvoll erscheinen lässt. Der Realismus behält seine Gültigkeit, wenn es um Macht- oder Hegemonialinteressen der Staaten geht und wenn diese so dominant bleiben, dass selbst die Etablierung von Regeln sie kaum eingrenzen können. Dennoch sind die Erklärungsmöglichkeiten des Realismus wegen dieser Begrenzung auf Machtfragen limitiert.<sup>26</sup> Es ist politische Realität, dass Staaten in Afrika im Rahmen von Institutionen und Organisationen miteinander kooperieren.

Pedersen hat deshalb versucht, diese Frage zu lösen und führte dazu die beiden theoretischen Stränge des Realismus und des Regionalismus zusammen, um das Phänomen der regionalen Institutionalisierung zu erklären. In seiner Antwort, der „cooperative hegemony“, schlägt er vor, sich einiger Kategorien des Realismus, vor allem denen der Macht und Sicherheit, zu bedienen, den Blick aber auf einzelne Staaten zu lenken, denn „regionalist endeavours are best explained by examining the interests and strategy of the biggest state (or states) in the region“ (Pedersen 2002: 678). Im westafrikanischen Kontext ist besonders die von Pedersen aufgeworfene Frage relevant, warum vermeintlich mächtige Staaten dazu tendieren, regionale Institutionen aufzubauen. Sie können daraus langfristig eine stabile und legitime Herrschaft erreichen und gleichzeitig ein hohes Maß an Macht aggregieren, müssen jedoch bereit sein, zunächst Macht abzugeben und hohe Kosten zu tragen (Pedersen 2002: 687). Gerade für kleinere Hegemone mag dieser Weg vielversprechend sein, da für die Führungsposition in einer Region materielle Ressourcen nicht sonderlich notwendig und teilweise auch gar nicht vorhanden sind. Zwar gibt es die berechtigte Frage, warum ein Hegemon den „Umweg“ über eine Institution gehen sollte. Pedersen (2002: 687) aber sieht darin

---

<sup>26</sup> Kritiker stellen die Zukunft des Realismus insgesamt in Frage (Legro/Moravcsik 1999).

Rüstung und Militär in Westafrika  
Regionale Sicherheitskooperation in der ECOWAS und  
die Rolle externer Akteure

Grebe, J.

2016, XXI, 447 S. 4 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-11365-0